

„Der funktionierende Staat fängt auf kommunaler Ebene an“

Kommunalpolitische Zwischenbilanz der 21. Wahlperiode

- Stand Juli 2026 -

Inhalt:

Bewertung	3
Kurz und knapp – ein schneller Überblick	4
Finanzen	7
- Steuerliches Sofortinvestitionsprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland	7
- Altschuldenhilfe – Bund beteiligt sich an Abbau kommunaler Kassenkredite	7
- Anheben des Mindestsatzes in der Gewerbesteuer auf 280 Punkte	8
- Veranlassungskonnexität – Bund und Länder einigen sich auf Regelmechanismus	8
Kommunale Selbstverwaltung	9
- Beschränkung der Privilegierung des Baus von Windenergieanlagen im Außenbereich	9
- Beschränkte Privilegierung von Batteriespeicheranlagen im Außenbereich berücksichtigt kommunale Planungshoheit	9
- Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff	10
- NOOTS-Staatsvertrag schafft Grundlage für Digitalisierung auch kommunaler Angebote	10
- Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale – Unterstützung für kommunales Ehrenamt	10
- Änderung des Straßenverkehrsgesetzes entlastet die Kommunalverwaltungen	11
- Beschleunigung der Vergabeverfahren erleichtert kommunale Investitionsvorhaben	11
- Ausprobieren statt Abwarten – mehr Freiräume für Kommunen durch das neue Bundeserprobungsgesetz	12
Migration und Integration	13
- Zurückweisungen an den Landesgrenzen und Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten	13
- Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes – Bund schafft Pull-Faktor ab	13
- Ausweisen sicherer Herkunftsstaaten	13
- Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)	14
Gleichwertige Lebensverhältnisse	15
- Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes	15
- Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn	15
- „Bau-Turbo“ – Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung	16

- Änderung des Telekommunikationsgesetzes – Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen	17
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)	17
- Befugniserweiterung in der Pflege trägt zur Stärkung ländlicher Räume bei	18
- Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform gewährleistet flächendeckende Gesundheitsversorgung	18
- Weiterentwicklung der Apothekenversorgung leistet Beitrag zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung	19
- Geothermie und Batteriespeicher – Energiewirtschaft stärkt ländliche Räume	19
- Anhebung der Pendlerpauschale – Unterstützung des Wohnens in ländlichen Räumen	19
- Der Wolf im Bundesjagdgesetz – mehr Sicherheit und Lebensqualität in ländlichen Räumen	20
Infrastruktur und kommunale Unternehmen	21
- Beteiligung der Kommunen am Sondervermögen Infrastruktur	21
- Bund erleichtert kommunale Investitionsmöglichkeiten – Ergänzung des LuKIFG ermöglicht Eigenmittellersatz aus Sondervermögen	22
- Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau	23
- Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien erleichtert die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung	23
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG) – Krankenhaustransformation	24
- Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform sichert den Erhalt auch kommunal getragener Häuser	24
- Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung – Unterstützung auch kommunal getragener Krankenhäuser	25
- Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes entlastet kommunale Abfallsammelstellen	25
- Finanzierung Deutschlandticket – Änderung des Regionalisierungsgesetzes reduziert Finanzierungslücke im ÖPNV	26
- Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes stärkt kommunale Unternehmen	26
- Änderung des Wärmeplanungsgesetzes hilft Kommunen unter 100.000 Einwohnern	26
- Vereinfachungen bei Geothermie – Unterstützung für kommunale Stadtwerke bei der Wärmeversorgung	27
- Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen stützt auch kommunale Infrastruktur	27
Anhang	28
- Kommunale Be- und Entlastungen aus Bundesgesetzgebung der 21. Wahlperiode	28

Bewertung:

CDU, CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag der 21. Wahlperiode zum Ziel gesetzt, „dass unsere Kommunen auch in Zukunft lebenswert und leistungsfähig sind.“ Die Kommunen brauchen, so die Koalitionspartner, Handlungsperspektiven – sowohl finanziell als auch im Hinblick auf die Umsetzungsfähigkeit der ihnen übertragenen Aufgaben. „Wir werden die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern. Kommunalpolitik muss schneller, einfacher und unbürokratischer werden können. Das Vertrauen in den Staat und der gesellschaftliche Zusammenhalt werden gestärkt, wenn die Funktionsfähigkeit der Kommunen gewährleistet ist.“

Die kommunalpolitische Zwischenbilanz wirft einen Blick auf die 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestages und bewertet – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – kommunal relevante Aspekte der Bundespolitik. Die Zielvorgabe des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD legt dabei den Bewertungsmaßstab fest: Gelingt es, die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern – und wird die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessert? Zur Beantwortung dieser Fragestellung sind insbesondere die Bereiche

- Finanzen,
- kommunale Selbstverwaltung,
- Migration und Integration,
- gleichwertige Lebensverhältnisse,
- Infrastruktur und kommunale Unternehmen

ausschlaggebend. Die kommunale Ausgangslage zu Beginn der 21. Wahlperiode ist schwierig. Im Jahr 2024 verzeichneten die Kommunen mit 24,8 Milliarden Euro ein Defizit auf einem bislang nicht erreichten Rekordniveau. Die kommunalen Ausgaben steigen weiter deutlich stärker als die Einnahmen – getrieben insbesondere durch steigende Sozial- und Personalausgaben. Die Kassenkredite sind in der bundesweiten Betrachtung nach einem moderaten Rückgang im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr nunmehr um rund 2,202 Milliarden Euro wieder deutlich gestiegen. Die Kommunen haben ein strukturelles Finanzierungsproblem, das sich auch auf andere Kommunalbereiche auswirkt.

CDU, CSU und SPD haben mit einem sehr kommunalfreundlichen Koalitionsvertrag viel Versprochen - und sie halten die Zusagen ein: Mit den ersten Maßnahmen haben die Bundesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen bereits einige kommunal relevante Aspekte des Koalitionsvertrags umgesetzt und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Situation vor Ort geleistet. Dabei wird auch deutlich, dass gute Bundesgesetze nicht zwangsläufig auf Kosten der Kommunen gemacht werden müssen: Während die Ampelkoalition in der vergangenen Wahlperiode mit ihrer Gesetzgebung die Kommunen um jährlich über 4,2 Milliarden Euro belastet hat, ist die finanzielle Bilanz der unionsgeführten Koalition mehr als ausgeglichen. Bislang haben 13 Bundesgesetze finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen von mehr als einer Million Euro entwickelt. Aus der Gesetzesfolgenabschätzung heraus ergeben sich prognostizierte Belastungen in Höhe von 13,527 Milliarden Euro in den Jahren 2025 bis 2029 – diesen stehen im selben Zeitraum Entlastungen der Kommunalfinanzen in Höhe von 22,922 Milliarden Euro gegenüber – und das bereits ohne konkreten Mechanismus zur Umsetzung der vereinbarten Veranlassungskonnexität.

Kurz und knapp – ein schneller Überblick:

- Steuermindereinnahmen werden kompensiert

Die aus dem steuerlichen Sofortinvestitionsprogramm prognostizierten Steuermindereinnahmen werden befristet bis 2029 über Festbeträge bei der Verteilung der Umsatzsteuer erstattet.

- Altschuldenlösung

Bund beteiligt sich am Abbau kommunaler Kassenkredite und eröffnet Ländern Möglichkeiten zur besseren Unterstützung ihrer Kommunen.

- Veranlassungskonnexität

Bund und Länder haben sich am 25. Juni 2026 auf ein Verfahren zur Umsetzung der Veranlassungskonnexität verständigt.

- Die kommunale Selbstverwaltung wird beim Ausbau Erneuerbarer Energien gestärkt

Eine Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich soll ausgeschlossen sein, sobald die geforderten Flächenbeitragswerte erreicht und entsprechende Vorranggebiete ausgewiesen worden sind.

Die Privilegierung von Batteriespeichern im Außenbereich ist eingegrenzt und an Voraussetzungen gekoppelt worden.

- Grundlage für Digitalisierung auch kommunaler Angebote

Der Bund schafft die gesetzliche Grundlage für das Once-Only-Prinzip und die effiziente Digitalisierung auch kommunaler Angebote.

- Stärkung des Ehrenamts

Von der Anhebung der Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und der Ehrenamtspauschale auf 960 Euro kann auch das kommunale Ehrenamt profitieren.

- Änderung des Straßenverkehrsgesetzes entlastet die Kommunalverwaltungen

Mehr Möglichkeiten bei Parkraumkontrolle und Steuerung der Parkraumbewirtschaftung

- Beschleunigung der Vergabeverfahren erleichtert kommunale Investitionen

Beschleunigung und Vereinfachung von Vergabeverfahren zur Entlastung öffentlicher Auftraggeber auch auf kommunaler Ebene

- Die Migrationswende führt zur Entlastung der Kommunen bei Aufnahme, Betreuung und Integration

Mit Zurückweisungen an den Landesgrenzen, dem Aussetzen von Nachzugsprogrammen, der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, einer vereinfachten Möglichkeit zur Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten und der Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems leistet der Bund einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Kommunen bei flüchtlingsbedingten Aufgaben.

- Planungsrechtliche Verbesserungen beim Wohnungsbau können dazu beitragen, städtische Ballungszentren zu entlasten

Mit der Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und der Verabschiedung des sogenannten Bau-Turbos hat der Bund eine wichtige Grundlage zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse geschaffen.

- Stärkung ländlicher Räume für gleichwertige Lebensverhältnisse

Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse profitieren ländliche Räume insbesondere von Verbesserungen beim Ausbau der Breitbandversorgung, Stärkung der Pflege, Anpassung der Krankenhausreform und Weiterentwicklung der Apothekenversorgung sowie steuerrechtlichen Bestimmungen wie der Anhebung der Pendlerpauschale und auch Bejagung des Wolfs. Die Energiewirtschaft erhält gute Rahmenbedingungen, von denen vor allem Kommunen in ländlichen Räumen profitieren können.

- Sondervermögen des Bundes stärkt Infrastruktur in Stadt und Land

Investitionen aus Mitteln des Sondervermögens können auch Infrastruktur in städtischen Ballungszentren verbessern – Investitionen aus Mitteln des Sondervermögens können auch Infrastruktur in ländlichen Regionen verbessern.

Mit Zahlungen von insgesamt 4 Milliarden Euro an die Krankenhäuser leistet der Bund einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der stationären Versorgung in Stadt und Land – hiervon profitieren auch kommunal getragene Krankenhäuser.

- Bund stärkt die kommunale Investitionskraft

Mit dem Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen hat der Bund die Grundlage geschaffen, die kommunale Investitionskraft zu stärken.

Die Ergänzung des LuKIFG eröffnet Kommunen die Möglichkeit, in Förderprogrammen des Bundes erforderliche Eigenmittel aus dem Sondervermögen zu bestreiten.

- Ganztagsausbau im Grundschulalter wird flexibilisiert.

Die Verlängerung der Fristen zum Mittelabruf beim Investitionsprogramm Ganztagsausbau gibt Ländern und Kommunen die dringend benötigte Planungssicherheit, um Fördermittel abzurufen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 schrittweise umzusetzen.

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung während der Schulferien wird erleichtert.

- Unterstützung für kommunale Unternehmen

Die Anpassung der Krankenhausreform sichert den Erhalt auch kommunal getragener Häuser.

Die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung unterstützt auch kommunal getragener Krankenhäuser

Kommunale Abfallsammelstellen werden durch Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes entlastet. Vereinfachungen bei Geothermie unterstützen kommunale Stadtwerke

bei der Wärmeversorgung. Gleichzeitig weicht der Bund erstmals von der KMU-Definition der EU ab und behebt damit einen Wettbewerbsnachteil kommunaler Stadtwerke gegenüber KMU vergleichbarer Größe.

- Änderung des Wärmeplanungsgesetzes hilft Kommunen unter 100.000 Einwohnern

Für Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern wird die Frist zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung um sechs Monate verlängert, wenn die Erstellung des Wärmeplans mit Bundesmitteln gefördert wird.

- Deutschlandticket wird längerfristig finanziert – und die Finanzierungslücke verkleinert

Bund und Länder werden bis 2030 jährlich das Ticket mit jeweils 1,5 Milliarden Euro bezuschussen. Ab 2027 wird der Ticketpreis über einen Kostenindex, der insbesondere Personal- und Energiekosten abbildet, angepasst. Die Träger des ÖPNV erhalten mit der längerfristigen Regelung Planungssicherheit. In Kombination mit dem ab 2026 steigenden Ticketpreis reduziert sich der Einnahmeausfall für die kommunalen Träger des ÖPNV.

- Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Das KRITIS-Dachgesetz stärkt auch kommunale Infrastrukturen.

Finanzen

Steuerliches Sofortinvestitionsprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland:

Bund und Länder haben am 18./23. Juni 2025 vereinbart, dass der Bund im Zeitraum bis 2029 den Kommunen direkt die aus dem steuerlichen Sofortinvestitionsprogramm prognostizierten Steuermindereinnahmen über Festbeträge bei der Verteilung der Umsatzsteuer erstattet.

Mit dem FAG-Änderungsgesetz 2025 (im Bundestag verabschiedet am 16.10.2025) setzt der Bund erstmals das Prinzip der Veranlassungskonnexität um – die Kommunen erhalten die Steuermindereinnahmen aus dem sogenannten Investitionsbooster über Festbeträge bei der Beteiligung am Aufkommen aus der Umsatzsteuer erstattet.

	2025	2026	2027	2028	2029
Mindereinnahmen	1,011 Mrd. €	3,089 Mrd. €	4,555 Mrd. €	2,552 Mrd. €	0,336 Mrd. €
Kompensation	0,248 Mrd. €	1,616 Mrd. €	3,804 Mrd. €	4,921 Mrd. €	2,950 Mrd. €

Die Länder erhalten in den vier Jahren bis 2029 eine anteilige Kompensation in Höhe von insgesamt acht Milliarden Euro über Förderprogramme (vier Milliarden Euro) im Bereich Bildungs-/Betreuungsinfrastruktur, Hochschul- Wissenschaftsinfrastruktur und Kita-Investitionsprogramm sowie eine Entlastung beim Transformationsfonds Krankenhäuser (vier Milliarden Euro).

Die Befristung der direkten Kompensation der Steuermindereinnahmen ist nachvollziehbar und gerechtfertigt. Die Kommunen werden auch von konjunkturell steigenden Steuereinnahmen (aufgrund wachsender Beschäftigungszahlen) und sinkenden Sozialausgaben (aufgrund wachsender Beschäftigungszahlen) profitieren. Auch die Kompensation mittels Umsatzsteuerverteilung ist zielführend. Denn letztendlich gehen durch das steuerliche Sofortprogramm wirtschaftskraftbezogen Einnahmen zurück, die nunmehr wirtschaftskraftbezogen kompensiert werden. Die Kommunen profitieren auch von der Entlastung der Länder – die Förderprogramme in den Bereichen Bildungs-/Betreuungsinfrastruktur sowie Kita-Investitionsprogramm stärken auch unmittelbar die kommunale Infrastruktur.

Es ist ein wichtiges Signal, dass der Bund befristet bis 2029 die kommunalen Steuermindereinnahmen über Festbeträge bei der Umsatzsteuerverteilung kompensiert. Die Bundesregierung übernimmt damit Verantwortung und sendet im Sinne der Veranlassungskonnexität ein klares Zeichen der Verlässlichkeit an die Kommunen.

Altschuldenhilfe – Bund beteiligt sich an Abbau kommunaler Kassenkredite:

Mit dem Gesetz zur Entlastung von Ländern und Kommunen werden die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zur Beteiligung des Bundes an einer Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik umgesetzt. Der Bund beteiligt sich demnach in den Jahren 2026 bis 2029 mit 250 Millionen Euro jährlich an der Tilgung kommunaler Kassenkredite. Zusätzlich werden die Geberländer im Länderfinanzausgleich im selben Zeitraum um 400 Millionen Euro jährlich entlastet. Der von den ostdeutschen Ländern zu tragende Anteil an den Erstattungen für die Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR (AAÜG) wird in den Jahren von 2026 bis 2029 durch Erhöhung des Bundesanteils um 350 Millionen Euro pro Jahr reduziert.

Mit dem Gesetz ist die klare Erwartung an die Länder verbunden, dass die jetzt vom Bund bereitgestellten Mittel in Höhe von 250 Mio. Euro jährlich für die Altschuldenhilfe in den beteiligten Ländern ungekürzt und vollumfänglich bei den Kommunen ankommen. Diese Bundesmittel sind kein Beitrag zur Sanierung von Landeshaushalten, sondern sollen dazu beitragen, die Perspektive der verschuldeten Kommunen zu verbessern. Wenn die Geberländer und die ostdeutschen Bundesländer aufgrund der ebenfalls vorgesehenen Entlastung nunmehr Freiräume zur Unterstützung ihrer Kommunen finden, könnte dies ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage leisten.

Die Kommunen sind Teil der Länder. Diese sind für eine aufgabenangemessene und auskömmliche Finanzierung der Kommunen verantwortlich und müssen jetzt liefern: Sowohl bei der finanziellen Unterstützung der Kommunen als auch hinsichtlich der Frage, wie eine Neuverschuldung der Kommunen künftig verhindert werden kann. Über den Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen ist der Bund bei der Frage, wie eine weitere Verschuldung der Kommunen verhindert werden kann, mit im Boot.

Anheben des Mindestsatzes der Gewerbesteuer auf 280 Punkte

Mit dem Neunten Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Steuerberatungsrecht sowie im Steuerrecht setzt der Bund die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, den Mindesthebesatz bei der Gewerbesteuer auf 280 Punkte anzuheben, um einen in der Vergangenheit festzustellenden Unterbietungswettbewerb zu verhindern. Betroffen sind bundesweit weniger als 50 Kommunen. Dennoch trägt dies zur Stabilisierung von Kommunalfinzen bei, wenn „Steuerparadiese“ künftig nicht mehr in der vorherigen Form um Gewerbesteuerzahler konkurrieren.

Veranlassungskonnexität – Bund und Länder einigen sich auf Regelmechanismus

Das klare Bekenntnis zum Prinzip der Veranlassungskonnexität („Wer bestellt, bezahlt“) ist die überragende finanzpolitische Vereinbarung des Koalitionsvertrags. Bei konsequenter Anwendung schützt die Verständigung auf die Veranlassungskonnexität die Kommunen vor finanziellen Belastungen aus der Bundesgesetzgebung. Bund und Länder haben am 18. Juni 2025 vereinbart, rechtzeitig vor einem weiteren Anwendungsfall einen Umsetzungsmechanismus zur Anwendung des Prinzips der Veranlassungskonnexität zu erarbeiten. Die Etablierung solch eines Umsetzungsmechanismus für weitere Anwendungsfälle ist zielführend, um Diskussionen wie beim steuerlichen Sofortinvestitionsprogramm zu vermeiden.

Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 25. Juni 2026, wonach der Bund 80 Prozent der Kosten kompensiert, wenn ein Bundesgesetz Länder und Kommunen mit mindestens 200 Millionen Euro jährlich belastet, schafft eine Planungsgrundlage für die Kommunen und verhindert, dass durch bundesgesetzliche Vorgaben die Kommunalfinzen weiter übergebühr strapaziert werden.

Voraussetzung dafür ist, dass die Länder ihrer Verantwortung nachkommen und den Kommunen die vom Bund nicht übernommenen Kostenbelastungen entsprechend kompensieren.

Kommunale Selbstverwaltung

Beschränkung der Privilegierung des Baus von Windenergieanlagen im Außenbereich:

Der Deutsche Bundestag hat am 10. Juli 2025 das Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs verabschiedet. Dabei handelt es sich primär um die Umsetzung der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), mit der der Ausbau erneuerbarer Energieanlagen beschleunigt werden soll.

Darüber hinaus enthält das Gesetz eine Änderung in § 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes: „Werden die Flächenbeitragswerte nach Maßgabe von § 3 Absatz 1 und 2 erreicht, so ist dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie nach § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für Vorhaben, die außerhalb von Windenergiegebieten im Sinne des § 2 Nummer 1 liegen, bei der Anwendung des § 35 Absatz 2 des Baugesetzbuchs Rechnung getragen.“ Eine Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich soll damit ausgeschlossen werden, sobald die geforderten Flächenbeitragswerte erreicht und entsprechende Vorranggebiete ausgewiesen worden sind. Zudem wird § 249 BauGB dahingehend geändert, dass bei Erreichen der Flächenbeitragswerte außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete Bauvorhaben nur „ausnahmsweise nach § 35 Absatz 2 zugelassen werden, wenn ausgeschlossen ist, dass die in § 35 Absatz 3 Nummer 5 genannten Belange oder das Orts- und Landschaftsbild berührt sind.“ Auch dies schränkt die Privilegierung von Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Windvorranggebiete ein. Mit beiden Maßnahmen wird die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und verhindert, dass die kommunale Planungshoheit ausgehöhlt wird.

Beschränkte Privilegierung von Batteriespeicheranlagen im Außenbereich berücksichtigt kommunale Planungshoheit:

Mit der Ende November 2025 beschlossenen Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes hatte der Deutsche Bundestag vorübergehend die Errichtung von Batteriespeicheranlagen sowie Anlagen zur Speicherung von Wärme und Wasserstoff im Außenbereich durch eine Änderung des § 35 BauGB privilegiert. Diese unbeschränkte Privilegierung ist mit Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung so eingeschränkt worden, dass die kommunale Planungshoheit nicht eingeschränkt wird.

Im Außenbereich privilegiert sind nunmehr Geothermieranlagen und die untertägige Speicherung von Wärme sowie Batteriespeicher unmittelbar neben Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie (Voraussetzung ist ein räumlich-funktionaler Zusammenhang) und Umspannwerken bzw. Kraftwerken (Voraussetzung hier unter anderem: maximale Entfernung 200 Meter, Anlagengröße mindestens 4 MW, in einer einzelnen Gemeinde darf die von allen privilegierten Speicheranlagen in Anspruch genommene Gesamtfläche nicht 0,5 Prozent des Gemeindegebiets übersteigen und maximal 50.000 Quadratmeter betragen). Die beschränkenden Voraussetzungen tragen dazu bei, einen Wildwuchs im Außenbereich zu verhindern. Durch die Begrenzung der für Batteriespeicher in Anspruch genommenen Gesamtfläche werden kleine Gemeinden (bei denen 0,5 % weniger als 50.000 qm sind) und große Gemeinden (bei denen 0,5 % mehr als 50.000 qm sind) vor Überlastung geschützt. Jenseits der Privilegierungsvoraussetzungen sind

mit entsprechender Planung weitere Anlagen möglich. In allen Privilegierungs-Fällen greift auch die Rückbaupflicht bzw. die Pflicht zur Vorsorge für den Rückbau in § 35 Abs. 5 Satz 2.

Die ursprüngliche Privilegierung von Wasserstoffanlagen im Außenbereich ist – vorerst – wieder abgeschafft worden. Hier wurde die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag vom Deutschen Bundestag aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bis Sommer 2026 beraten werden soll.

Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff

Es werden die rechtlichen Rahmenbedingen für den schnellen Auf- und Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur geschaffen. Anlagen und Leitungen bekommen ein überragendes öffentliches Interesse. Damit kommt Wasserstoffinfrastrukturprojekten in Zulassungsentscheidungen ein besonderes Gewicht zu. Sie sollen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Gleichzeitig bleiben die Belange der öffentlichen Wasserversorgung (insbesondere Trinkwasserschutz) und des Wasserhaushalts gewahrt.

Hieraus ergibt sich zwar eine Beschränkung der kommunalen Planungshoheit – allerdings bei gleichzeitiger Entlastung der Verwaltung bei der Abwägung von Gütern. Die Wirkung des überragenden öffentlichen Interesses wird im Jahr 2033 evaluiert.

NOOTS-Staatsvertrag schafft Grundlage für Digitalisierung auch kommunaler Angebote

Der NOOTS-Staatsvertrag verfolgt das Ziel, ein gemeinsames flächendeckendes informationstechnisches System zu etablieren, das perspektivisch den gesamten Datenaustausch zwischen öffentlichen Stellen automatisiert, reibungslos, schnell und damit auch kostengünstig und bürokratiearm ermöglicht. Derzeit sind die Datenbestände der deutschen Verwaltung technisch nicht vernetzt. Mit dem NOOTS-Staatsvertrag soll die bislang fehlende rechtliche Grundlage für den Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur zum Datenaustausch zwischen öffentlichen Stellen von Bund und Ländern geschaffen werden.

Mit dem Gesetz zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) (Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag) wird die gesetzliche Grundlage für das Once-Only-Prinzip und die effiziente Digitalisierung auch kommunaler Angebote geschaffen. Zunächst soll das Once-Only-Prinzip für Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz umgesetzt werden. Die weitere Nutzung des Systems wird durch den IT-Planungsrat nach Maßgabe des NOOTS-Staatsvertrags gesteuert.

Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale – Unterstützung für kommunales Ehrenamt:

Mit dem Steueränderungsgesetz 2025, das der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2025 verabschiedet hat, wird die Übungsleiterzuschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtszuschale auf 960 Euro angehoben. Hiervon kann auch das kommunale Ehrenamt profitieren – sowohl ehrenamtliche kommunale Amts- und Mandatsträger als auch Funktionsträger Freiwilliger Feuerwehren. Die unter die Zuschale fallenden steuerfreien Beträge gelten zudem nicht als

Arbeitsentgelt im Sinne sozialversicherungspflichtiger Regelungen (§ 14 Abs. 1 SGB IV), so dass hierüber auch Kommunen entlastet werden können, die beispielsweise bei ehrenamtlichen Bürgermeistern auf Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt Rentenversicherungsbeiträge abführen müssen.

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes entlastet die Kommunalverwaltungen

Mit dem Gesetz werden zeitgemäße digitale Leistungen im Straßenverkehrsrecht geschaffen. So werden den Kommunen Möglichkeiten für den Einsatz digitaler Mittel bei der Parkraumkontrolle und bei anderen Kontrollen des ruhenden Verkehrs an die Hand gegeben. Beim Parken werden die Voraussetzung geschaffen, um neben Bewohnern auch anderen Personengruppen Parkbevorrechtigungen zu erteilen. Ziel sind größere Spielräume der Kommunen für ortsangepasste Lösungen beim Parkraummanagement. Es wird die Grundlage für die Digitalisierung der Fahrzeugpapiere geschaffen. Damit sind insbesondere der Führerschein und Fahrzeugschein künftig digital über das Smartphone nachweisbar.

Die Möglichkeit der digitalen Parkraumkontrolle schafft deutliche Erleichterungen und die Möglichkeit einer effizienteren Kontrolle des ruhenden Verkehrs für die Kommunen. Gleichzeitig erhalten die Kommunen wirksame Steuerungsmöglichkeiten bei der Parkraumbewirtschaftung und werden insgesamt durch die Digitalisierung in der Verwaltungsumsetzung entlastet.

Beschleunigung der Vergabeverfahren erleichtert kommunale Investitionsvorhaben

Das Gesetz sieht vor, das Vergaberecht und damit die öffentliche Beschaffung zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Damit ist eine große Entlastung für die Vergabestellen von Bund, Ländern und Kommunen verbunden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der notwendigen und dringlichen Investitionen in die Infrastruktur von hoher Bedeutung. Die Mittel aus dem Sondervermögen sollen damit schnell umgesetzt werden, wie es von den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von der Wirtschaft berechtigterweise erwartet wird.

Das Gesetz führt im §97a ein neues Kriterium für die Losbündelung ein. Ab ca. 11 Millionen Euro (2x EU-Schwellenwert) dürfen Gesamtvergaben vorgenommen werden, wenn die Mittel aus dem SVIK stammen oder das Projekt zu den spezifisch genannten Verkehrsinfrastrukturprojekten gehört. Dies schafft eine Beschleunigung unter Wahrung der mittelständischen Interessen. Mit der Lösung bleibt der Grundsatz der mittelstandsfreundlichen Vergabe erhalten – es gilt weiterhin das Regel-Ausnahme-Verhältnis und die Losvergabe bleibt der Regelfall.

Die Schwelle für freihändige Vergaben wird auf 100.000 Euro angehoben. Zusätzlich kann das Kriterium der Digitalen Souveränität im Vergabeprozess berücksichtigt werden. Darüber hinaus gibt es im Gesetz Verfahrensbeschleunigungen durch Digitalisierung und den Abbau von Hürden bei wechselseitigen Pflichten oder der Eignungsprüfung. Die Wertgrenzen bei Direktvergaben werden auf 50.000 Euro angehoben.

Vergabeverfahren werden durch das Vergabebeschleunigungsgesetz vereinfacht und somit beschleunigt. Öffentliche Auftraggeber – gerade auch auf kommunaler Ebene – werden bei deren Durchführung maßgeblich entlastet.

Ausprobieren statt Abwarten – mehr Freiräume für Kommunen durch das neue Bundeserprobungsgesetz

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen in Reallaboren und zur Förderung des regulatorischen Lernens eröffnet der Bund die Möglichkeit, dass Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden künftig vor Ort testen können, wie Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren schneller, digitaler oder aufwandsärmer ausgestaltet werden können. Dafür können sie zeitlich befristet und unter klaren Voraussetzungen von bestimmten bundesrechtlichen Verwaltungsvorschriften abweichen.

Viele Verwaltungsverfahren werden vor Ort vollzogen, auch wenn die rechtlichen Vorgaben vom Bund stammen. Kommunen erleben daher Tag für Tag, wo Bundesrecht in der Praxis unnötige Hürden schafft oder wo Verfahrensschritte verbessert werden könnten. Künftig soll diese Erkenntnis rechtssicher vor Ort erprobt werden können. Die allgemeine Erprobungsklausel erlaubt befristete Ausnahmen oder Abweichungen von verwaltungsrechtlichen Regelungen des Bundes zu Verfahren, Form, Zuständigkeiten sowie der personellen und sachlichen Ausstattung von Behörden. Voraussetzung ist, dass die Erprobung dazu dient, Verwaltungs- oder Genehmigungsverfahren zeitlich zu optimieren, aufwandsärmer oder digitaler auszugestalten und daraus verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse zu gewinnen.

Migration und Integration

Zurückweisungen an den Landesgrenzen und Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten:

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte hat die Bundesregierung Zurückweisungen an den Landesgrenzen ausgeweitet. CDU und CSU haben Zurückweisungen an unseren Grenzen versprochen, diese setzen wir seit Tag eins nun um. Das ist der Beginn der Migrationswende. Deutschland schlägt einen anderen, konsequenten Kurs in der Migration ein.

Am 27. Juni 2025 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beschlossen. In § 1 AufenthaltsG, der die Ziele des Aufenthaltsgesetzes festlegt, wird neben der „Steuerung“ nun wieder die „Begrenzung“ von Zuwanderung aufgenommen. Damit ist klar, dass das Aufenthaltsrecht nicht nur der Steuerung, sondern auch der Begrenzung von Zuwanderung dienen soll. Das Wort „Begrenzung“ war von der Vorgängerregierung gestrichen worden. Indem „Begrenzung“ nun wieder aufgenommen wird, soll den Aufnahmekapazitäten des Staates und der Wahrung von Funktionsfähigkeit und Integrationsfähigkeit Rechnung getragen werden. Diese Zielbestimmung ist von Verwaltung und Gerichten auch für die Auslegung der Gesetzesbestimmungen heranzuziehen. Zudem wird der Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt. Angesichts der Belastungen der Länder und Kommunen bei der Unterbringung von Asylsuchenden und deren Familien hatten die Länder den Bund bereits im Oktober 2023 zu diesem Schritt aufgefordert. Auch 2016 wurde der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt. Seit 2018 können nach geltendem Recht pro Monat maximal 1000 Visa für den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten ausgestellt werden. In Härtefällen bleibt der Familiennachzug weiterhin möglich.

Die Regelungen sind wichtige Mosaiksteine in der Politik des Bundes zur Begrenzung irregulärer Migration, mit denen die Kommunen bei Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen/Asylbewerbern entlastet werden können.

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes – Bund schafft Pull-Faktor ab:

Der Deutsche Bundestag hat am 9. Oktober 2025 mit dem „Sechsten Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ einen immer wieder kritisierten Pull-Faktor der Migration abgeschafft.

Ein Verzicht der sogenannten „Turbo-Einbürgerung“ ist ein weiteres Puzzleteil in der von der unionsgeführten Bundesregierung eingeleiteten Migrationswende und kann dazu beitragen, Kommunen bei der Unterbringung, Betreuung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu entlasten.

Ausweisen sicherer Herkunftsstaaten:

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam hat der Bundestag Anfang Dezember 2025 einen weiteren Baustein der Migrationswende umgesetzt und trägt damit auch zur Entlastung der Kommunen bei der Bewältigung flüchtlingsbedingten Mehraufwands bei.

Mit der Einfügung eines neuen § 29 b AsylG wird die Möglichkeit geschaffen, per Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates sichere Herkunftsstaaten für den internationalen Schutz (Schutz nach Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiären Schutz) zu bestimmen. Die neue Regelung macht von der geltenden Asylverfahrensrichtlinie Gebrauch (EU-Richtlinie 2013/32). Die Grundvoraussetzungen für die Einstufung werden im Gesetz aufgeführt, es darf weder eine Verfolgung noch Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe noch Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts zu befürchten sein. Mit der neuen Regelung können Länder mit geringer Anerkennungsquote schneller und einfacher als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden; die langjährige Blockade im Bundesrat entfällt. Die Ausweisung von sicheren Herkunftsstaaten ist eine Möglichkeit, schnell und deutlich Zeichen zu setzen. Das bedeutet schnellere Verfahren und ein deutliches Signal auch in die Länder, dass es sich ein Asylverfahren in DEU nicht lohnt. Mit der Einstufung erreicht man eine erhebliche Beschleunigung der Verfahren. Denn der Asylantrag gilt in der Folge regelmäßig als „offensichtlich unbegründet“, es sei denn, der Betreffende trägt Tatsachen oder Beweismittel vor, die belegen, dass im Herkunftsland doch Verfolgung droht.

Zugleich wird mit dem Gesetz die verpflichtende Bestellung eines anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaftverfahren und Verfahren zum Ausreisegewahrsam abgeschafft. Sie war auf Drängen der Grünen im laufenden Gesetzgebungsverfahren in das Rückführungsverbesserungsgesetz im Februar 2024 eingeführt worden. Die Regelung bewirkte Verwirrung und eine Mehrbelastung der Justiz. Abschiebungen wurden dadurch weiter erschwert, Abschiebungshaftanhörungen wurden zeitintensiver und komplexer.

Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz und GEAS-Anpassungsfolgesgesetz)

Die Reform des GEAS enthält eine Richtlinie und zehn Verordnungen, die ab Sommer 2026 in allen EU-MS gelten und vollständig angewendet werden müssen. Mit dem GEAS-Anpassungsgesetz und dem GEAS-Anpassungsfolgesgesetz soll frühzeitig Rechtsklarheit für die Praxis in Deutschland geschaffen werden. Dabei geht es um weniger irreguläre Migration, schnellere Verfahren, weniger Mehrfachanträge sowie Entlastung von Verwaltung und Kommunen.

Die GEAS-Umsetzung wird die Kommunen bei der Aufgabe der Aufnahme/Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen/Asylbewerbern entlasten, wenn dadurch die Zuzugszahlen sinken.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes:

Am 26. Juni 2025 hat der Deutsche Bundestag eine Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) beschlossen. Die Ampelkoalition hatte in der 20. Wahlperiode die Voraussetzungen zur Freistellung von Bahnbetriebszwecken verschärft und damit faktisch zahlreiche Stadtentwicklungsvorhaben blockiert. Die nunmehr erfolgte Änderung des § 23 AEG stellt – unter Beibehaltung des überragenden öffentlichen Interesses von Bahnbetriebszwecken – sicher, dass Nutzungen ehemaliger Bahnflächen zu anderen Zwecken wieder ermöglicht werden, wenn eine künftige Nutzung der Flächen für den Bahnbetrieb langfristig nicht zu erwarten ist. Außerdem wird sichergestellt, dass künftige Reaktivierungsvorhaben nicht durch eine Freistellung verunmöglicht werden.

Mit dem Gesetz schaffen wir eine dringend benötigte Erleichterung für Städte und Gemeinden. Die im Dezember 2023 von der Ampel-Koalition eingeführten rigiden Freistellungsregelungen für Bahnflächen haben bundesweit über 170 kommunale Projekte blockiert - insbesondere im Wohnungsbau. Die Gesetzesänderung sorgt nun für Rechtsklarheit und mehr Planungssicherheit: Bahnflächen können freigestellt werden, wenn sie weder konkret noch in Zukunft für die Bahn gebraucht werden. Damit ermöglichen wir eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, auch beim Thema Wohnraum, ohne die Perspektiven für den Schienenverkehr aus dem Blick zu verlieren. Das ist eine pragmatische Lösung, die den Bedürfnissen vor Ort gerecht wird."

Große Städte und Ballungszentren brauchen dringend innerstädtische Flächen – vor allem für Wohnungsbau. Die dort angefangenen Planungen können nun endlich weitergeführt werden. Gleichzeitig verhindert die gesetzliche Regelung, dass potenziell reaktivierbare Strecken voreilig aufgegeben werden. Das ist für die Schieneninfrastruktur in unserem Land wichtig und ein ausgewogener Weg.

Auf diese Weise werden der Erhalt der Schieneninfrastruktur auf der einen Seite und der dringende Bedarf der städtebaulichen Entwicklung, wozu nicht nur der Wohnungsbaubedarf zählt, auf der anderen Seite in Einklang gebracht und das kommunale Entwicklungspotenzial gestärkt.

Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn:

Am 26. Juni 2025 hat der Deutsche Bundestag die bestehende Mietpreisbremse nunmehr bis 2029 verlängert. Den Landesregierungen wird es ermöglicht, Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt auch über den 31. Dezember 2025 hinaus durch Rechtsverordnung zu bestimmen.

Bezahlbares Wohnen ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zentral. Als Union stehen wir für starke soziale Leitplanken im Mietrecht. Die hohen Mieten in den Städten sind ein großes Problem für Mieterinnen und Mieter. Die Verlängerung der Mietpreisbremse um weitere vier Jahre kann dazu beitragen, die Mietpreisentwicklung insbesondere in städtischen Ballungszentren zu verlangsamen und somit einen wichtigen Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land leisten.

Die Mietpreisbremse ist und bleibt aber eine Zwischenlösung, bis die Wohnungsmärkte sich wieder beruhigt haben. Sie kann und darf daher nicht beliebig oft verlängert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat uns insoweit klare und enge Grenzen gesetzt. Mit der nochmaligen Verlängerung testen wir diese aus, weiter dürfen wir nicht gehen. Immer mehr Regulierung

ersetzt nicht dringend benötigten Wohnungsbau. Steigende Mieten kriegen wir nachhaltig nur in den Griff, wenn wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Wenn die Länder die Mietpreisbremse vor Ort verlängern, müssen sie deswegen Maßnahmen zur Stärkung des Wohnungsbaus auf den Weg bringen. Als Bund leisten wir unseren Anteil und bringen den Bau-Turbo und den Gebäudetyp-E bis zum Sommer auf den Weg und machen den EH55-Standard vorübergehend wieder förderfähig. Das gibt zusammen einen starken Impuls für den Wohnungsbau.

„Bau-Turbo“ – Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung:

Der Deutsche Bundestag hat am 9. Oktober 2025 in 2./3. Lesung das Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung debattiert und damit den Weg für den sogenannten Bauturbo freigemacht. Kernstück des Gesetzes ist die Einfügung eines § 246e BauGB (sog. Bauturbo), der zur Beschleunigung des Wohnungsbaus befristet bis zum Ablauf des 31. Dezember 2030 ein Abweichen vom Planungsrecht des BauGB und den auf seiner Rechtsgrundlage erlassenen Vorschriften erlaubt. Zur Wahrung der kommunalen Planungshoheit bedarf eine Zulassungsentscheidung der Zustimmung der Stadt/Gemeinde. Auch die Möglichkeiten des § 31 Absatz 3 BauGB, zugunsten des Wohnungsbaus von den Festsetzungen eines Bebauungsplans zu befreien, werden erweitert. Hierdurch ermöglichen wir Erweiterungen von Gebäuden überall und nicht mehr nur in angespannten Wohnungsmärkten, insbesondere Aufstockungen. Ebenso wird die Möglichkeit des § 34 Absatz 3a BauGB, im unbeplanten Innenbereich vom Einfügungsgebot abzuweichen, ausgedehnt. Damit kann künftig leichter verdichtet gebaut werden, d.h. in zweiter Reihe auf dem Grundstück oder auf Höfen. Auch hier bedarf die Zulassungsentscheidung zur Wahrung der kommunalen Planungshoheit der Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung wird in einem neuen § 36a BauGB näher geregelt. Zudem werden die Möglichkeiten einer einzelfallgerechten und rechtssicheren Lösung von Lärmkonflikten im Rahmen der Bauleitplanung, insbesondere bei der Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen, gestärkt. Dazu wird die ausdrückliche Befugnis aufgenommen, bei Aufstellung eines Bebauungsplans in begründeten Fällen von der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) abweichen zu können.

Der sogenannte Bauturbo, den der Bund freigeschaltet hat, kann dazu beitragen, angespannte Wohnungsmärkte zu entlasten. Bauinteressenten erhalten mehr Möglichkeiten, Projekte zur Ausweitung des Wohnraumangebots zu realisieren. Die Kommunen bekommen mehr Planungsmöglichkeiten, um schneller Flächen zur Wohnbebauung zur Verfügung stellen zu können. Mit dem Bau-Turbo befreien wir die Kommunen aus dem engen, zeitaufwändigen und kostentreibenden Korsett des Baugesetzbuchs. Und zwar bundesweit, vom Einfamilienhaus, über die Aufstockung von Supermärkten mit neuen Wohnungen bis zum großen Mietshaus. Künftig gilt: Wer bauen, aufstocken oder nachverdichten will, kann das machen. Schnell, unbürokratisch und kostengünstig. Wir geben den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum für die Nutzung von Freiflächen. Dabei berücksichtigen wir nicht nur das Wohnen. Wir denken auch die notwendige Infrastruktur mit: Bauten für gesundheitliche, soziale und kulturelle Zwecke ebenso wie Läden zur Deckung des alltäglichen Bedarfs. Wir setzen auf starke Bürgermeister vor Ort, die mitziehen und den Bauturbo zünden. Ihre kommunale Planungshoheit bleibt gesichert. Mit dem Bauturbo bekommen wir auch die steigenden Mieten in den Griff, nicht mit immer mehr Regulierung.

Dabei ist wichtig, dass Planungsbeschleunigung und kommunale Planungshoheit im Einklang gehalten werden: Ein Abweichen vom Bebauungsplan ist nur möglich, wenn die betroffene Kommune zustimmt. Statt einer aufwändigen Änderung eines Bebauungsplans reicht aber künftig ein einfacher Beschluss, vom bestehenden Planungsrecht abzuweichen. Das schafft nicht nur schneller mehr Wohnraum, sondern entlastet auch die Kommunalverwaltungen. Dabei ist

für uns wichtig: Der Bauturbo ist kein Muss – er ist ein Instrument, das die Kommunen bei Bedarf nutzen können.

Ein Quantensprung ist, dass Lärmschutzregeln jetzt wesentlich flexibler gehandhabt und von den Vorgaben der TA-Lärm abgewichen werden kann. Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe können wir so besser auflösen.

Wenn der Bauturbo zünden soll, muss er aber auch zünden können und dürfe nicht ausgebremst werden – zum Beispiel durch Verbandsklagen. Es bringt nichts, wenn eine Kommune nach Abwägung der Lage unter Einbeziehung der nachbarschaftlichen Interessen die Entscheidung trifft, vom Bebauungsplan abzuweichen und anschließend diese Entscheidung aus prinzipiellen Überlegungen ohne eigene Betroffenheit heraus beklagt und damit auf die lange Bank geschoben wird. CDU, CSU und SPD haben vereinbart, das Verbandsklagerecht vor Verwaltungsgerichten zu reformieren, zu straffen und auf die tatsächliche Betroffenheit auszurichten. Hier ist die Bundespolitik jetzt gefordert, den Bauturbo durch die Umsetzung des Koalitionsvertrags zu flankieren.

Mit dem Bauturbo liefert der Bund ein weiteres Puzzlestück zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir entlasten Wohnungsmärkte – wir entlasten Kommunalverwaltungen bei gleichzeitiger Stärkung der kommunalen Planungshoheit – und wir tragen dazu bei, die Nerven von Wohnungssuchenden zu entlasten.

Änderung des Telekommunikationsgesetzes – Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen:

Am 26. Juni 2025 hat der Deutsche Bundestag das TKG-Änderungsgesetz 2025 beschlossen. Damit wird für den Ausbau der Telekommunikationsnetze ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt.

Die Digitalisierung ist der Treiber für mehr Fortschritt, mehr Klimaschutz, eine höhere Lebensqualität und neue Chancen. Flächendeckende, hochleistungsfähige, ökologisch nachhaltige und sichere digitale Infrastrukturen sind Voraussetzung dafür, dass uns die digitale Transformation Deutschlands umfassend gelingt. Der dringend notwendige Ausbau unserer digitalen Infrastruktur muss daher auch mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse beschleunigt werden. Mit der Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau der Telekommunikationsnetze in § 1 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird Vorhaben zum TK-Netzausbau in Genehmigungsverfahren bei der Abwägung der unterschiedlichen Belange in der Regel Vorrang eingeräumt, wodurch der Verfahrens- und Genehmigungsprozess deutlich beschleunigt wird.

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG):

Mit dem am 18. September 2025 in 2./3. Lesung abschließend im Bundestag beratenen Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG) leistet der Bund einen weiteren Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Primär schafft das Gesetz den Umsetzungsrahmen und legt die Möglichkeiten des Bundes zur Mittelverwendung aus dem Sondervermögen fest.

Das stärkt aber direkt und indirekt auch kommunale Infrastruktur und verbessert die Lebensqualität sowohl in ländlichen Räumen als auch in städtischen Ballungszentren: Investitionen in

Verkehrsinfrastruktur sind ein Beitrag zur Verbesserung der Mobilität – Investitionen aus Mitteln des Sondervermögens können auch Infrastruktur in städtischen Ballungszentren verbessern – Investitionen aus Mitteln des Sondervermögens können auch Infrastruktur in ländlichen Regionen verbessern – Investitionen / Zahlungen aus Mitteln des Sondervermögens können auch kommunal getragene Krankenhäuser stärken.

Befugniserweiterung in der Pflege trägt zur Stärkung ländlicher Räume bei

Mit dem Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege, das der Deutsche Bundestag am 6. November 2025 verabschiedet hat, werden die Kompetenzen des Pflegepersonals, das künftig eigenverantwortlich Leistungen erbringen soll, die bisher Ärztinnen und Ärzten vorbehalten sind, erweitert. Das stärkt die Gesundheitsversorgung insbesondere in dünner besiedelten ländlichen Räumen mit geringer Dichte ärztlicher Praxen und trägt damit zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land bei.

Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform gewährleistet flächendeckende Gesundheitsversorgung

Weiterhin befinden sich zahlreiche Krankenhäuser in Deutschland in einer angespannten wirtschaftlichen Lage – ohne Gelingen der weitreichenden Reform würde sich die Situation dieser Häuser voraussichtlich weiter verschärfen. Durch das Krankenhausreformanpassungsgesetz wird die praktische Umsetzung der Regelungen aus dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) erleichtert und im Sinne einer qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten und praxistauglichen Krankenhauslandschaft fortentwickelt. Unter anderem sollen die Länder mehr Freiheiten bei der Berücksichtigung der individuellen Versorgungsbedarfe vor Ort erhalten.

Durch bundeseinheitliche Vorgaben im Rahmen der Krankenhausreform wird das Leistungsspektrum der stationären Versorgung in sogenannten Leistungsgruppen abgebildet. Die Vergütung wird in Zukunft nicht mehr nur die Leistungserbringung im einzelnen Fall berücksichtigen, sondern zur Planungssicherheit der Krankenhäuser individuell berechnete Vorhaltebudgets vorsehen. Für den Transformationsprozess der Krankenhauslandschaft stehen Fördermittel in Gesamthöhe von 50 Mrd. Euro für die kommenden zehn Jahre zur Verfügung, mit denen die strukturellen Veränderungen finanziert werden.

Insgesamt schafft die Reform verlässliche Rahmenbedingungen für Kliniken. Die Länder erhalten die benötigte Zeit zur Umsetzung, um die hohe Versorgung weiterhin zu sichern. Damit legen die Koalition und die Bundesregierung die Grundlage für eine bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft. Die Reform macht die Krankenhauslandschaft zukunftsfest, begrenzt Ausgaben im stationären Bereich und sichert eine hochwertige Versorgung in Stadt und Land. Im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds wird eine zukunfts-fähige Krankenhausstruktur ermöglicht, die auch kommunal getragene Einrichtungen stärkt und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung gewährleistet.

Weiterentwicklung der Apothekenversorgung leistet Beitrag zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung

Mit den im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen können Apothekerinnen und Apotheker durch Bürokratieabbau ihre Versorgungsaufgaben mit mehr Eigenverantwortung und Flexibilität wahrnehmen. Damit sollen verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für inhabergeführte Apotheken geschaffen werden, um ein flächendeckendes Apothekennetz für eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung der Bevölkerung zu erhalten.

Zu den Maßnahmen gehören unter anderem erleichterte Voraussetzungen zur Gründung von Apothekenstandorten in abgelegenen Gebieten und öffentliche Apotheken erhalten weitere Aufgaben in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. So werden unter anderem erweiterte Impfmöglichkeiten, die Durchführung von Schnelltests, die venöse Blutabnahme zu Diagnostikzwecken, die Erbringung von pharmazeutischen Dienstleistungen im Bereich Prävention sowie die Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ohne ärztliche Verschreibung in begrenzten Situationen vorgesehen.

Im Ergebnis soll dadurch die Wirtschaftlichkeit der Apotheken verbessert werden und ein flächendeckendes Netz an Präsenzapotheken erhalten bleiben. Mit den vorgesehenen Maßnahmen werden öffentliche Apotheken vor allem im ländlichen Raum gestärkt.

Geothermie und Batteriespeicher – Energiewirtschaft stärkt ländliche Räume:

Der Deutsche Bundestag hat am 4. Dezember 2025 das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, Hemmnisse bei der Erschließung der Geothermie sowie dem Ausbau von großen Wärmepumpen, die insbesondere See- und Flusswasser, Abwasser, unvermeidbare Abwärme oder auch Luft nutzen, abzubauen. Das überragende öffentliche Interesse bei Geothermie wird konkretisiert. Erleichterungen werden auch für Wärmespeicher sowie Wärmeleitungen geschaffen. Planfeststellungsverfahren für Wärmeleitungen werden deutlich beschleunigt.

Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Die Errichtung und der Betrieb entsprechender Anlagen kann zudem die finanzielle und strukturelle Entwicklung ländlicher Räume unterstützen. Die im BauGB vorgenommene Privilegierung von untertägigen Wärmespeichern wenn sie in einem räumlich-funktionalen Zusammenhang zu Wärmenetzen stehen, welche wiederum mit Wärmequellen (z.B. Solar- und Geothermieranlagen, Abwärmequellen) sowie Abnehmern von Wärme im Zusammenhang stehen, kann zur Versorgung ländlicher Regionen unabhängig von Öl und Gas beitragen.

Anhebung der Pendlerpauschale – Unterstützung des Wohnens in ländlichen Räumen:

Mit dem Steueränderungsgesetz 2025, das der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2025 verabschiedet hat, wird die Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer auf 38 Cent/km angehoben. Die Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer für alle Steuerpflichtigen trägt der Tatsache Rechnung, dass Pendler durch gestiegene Mobilitätskosten belastet sind. Betroffen sind in erster Linie Pendler in ländlichen Räumen, die nicht problemlos auf den ÖPNV umsteigen können und somit auf den eigenen PKW angewiesen sind. Die

steuerrechtliche Erleichterung unterstützt das Wohnen in ländlichen Regionen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Der Wolf im Bundesjagdgesetz – mehr Sicherheit und Lebensqualität in ländlichen Räumen

Vielerorts haben die Menschen für die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes kein Verständnis mehr. Die Belastungen und Ängste nimmt die Koalition sehr ernst. Deshalb handelt sie nun, um die Wolfsbestände zu regulieren. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um im ländlichen Raum die Konflikte um den Wolf zu befrieden.

Durch die Gesetzesänderung bekommen Jägerinnen und Jäger sowie die Jagdbehörden praktikable Instrumente für ein effektives Wolfsmanagement an die Hand. Durch die Änderung des Bundesjagdgesetzes können die Länder bei günstigem Erhaltungszustand revierübergreifende Managementpläne aufstellen, auf deren Grundlage die Bejagung nach regionalen Erfordernissen vorgenommen wird. Außerdem ist vorgesehen, dass Problemwölfe unabhängig vom Erhaltungszustand schnell und unbürokratisch entnommen werden können. Erleichterungen gibt es auch bei der Bejagung von Wölfen in Weidegebieten, die aufgrund naturräumlicher Gegebenheiten nicht eingezäunt werden können, zum Beispiel auf Deichen und Almen.

Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz ist ein wichtiges Signal an die Bevölkerung in ländlichen Räumen und ein Beitrag, das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität zu verbessern.

Infrastruktur und kommunale Unternehmen

Beteiligung der Kommunen am Sondervermögen Infrastruktur:

Der Deutsche Bundestag hat am 9. Oktober 2025 mit der 2./3. Lesung im Plenum die parlamentarischen Beratungen des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG) abgeschlossen. Damit ist bundesseitig der Weg frei, den Ländern und Kommunen 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen setzen ein starkes Zeichen für unsere Kommunen: Mit dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz stellen wir 100 Milliarden Euro für Investitionen bereit. Damit schaffen wir die Grundlage, dass überall vor Ort dringend benötigte Projekte endlich umgesetzt werden können – flexibel, schnell und zielgerichtet.

Ob neue Schulen, moderne Straßen, leistungsfähige Krankenhäuser oder nachhaltige Energieprojekte – die Kommunen entscheiden selbst, wo die Mittel am meisten gebraucht werden. Die Zusätzlichkeit der bei kommunalen Investitionen entfällt und die Bereiche der Mittelverwendung sind weit gefasst – und es sind auch Maßnahmen eingeschlossen, die zum 1. Januar 2025 bereits begonnen worden sind. Das stärkt die kommunale Selbstverwaltung, zeigt, dass der Bund den Kommunen vertraut und kann zu einem raschen Mittelabfluss beitragen. Der Verzicht auf die Zusätzlichkeit der Mittelverwendung ist richtig und orientiert sich an der Realität vor Ort: Wenn eine Kommune den Bau oder die Sanierung einer Schule zwar bereits in Erwägung gezogen hat, Pläne aufgrund fehlender Finanzierungsmittel aber bislang nicht umgesetzt werden konnten, darf das nicht zu einem Ausschluss dieser Maßnahme führen.

Der Bund räumt den Ländern sowohl mit der bundesgesetzlichen Regelung als auch in der Verwaltungsvereinbarung weitgehende Freiheiten bei der Umsetzung auf Landesebene ein. Das bezieht sich sowohl auf die Mittelverteilung als auch auf die Verwendungsnachweise. Diese Freiheiten müssen auch den Kommunen eingeräumt werden. Die Kommunen brauchen pauschale Mittelzuweisungen und keine neuen Landesförderprogramme mit aufwändigem Antrags- und Nachweisverfahren.

- Förderfähig sind Sachinvestitionen sowie notwendige Begleit- und Folgemaßnahmen (z.B. Planung / Baunebenkosten) für Projekte (oder Abschnitte), die nach dem 1.1.2025 begonnen worden sind und bis zum 31.12.2042 abgeschlossen und vollständig abgenommen worden sind;
- Die Länder legen das Umsetzungsverfahren fest – möglichst digital und effizient – Bürokratie ist auf das Mindestmaß zu reduzieren;
- Kommunen müssen vor der Investition eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen;
- Die Bundesförderung ist bei der Maßnahme entsprechend kenntlich zu machen (z.B. Hinweisschilder);
- Die Länder unterrichten bis März 2026 den Bund über ihr jeweiliges Umsetzungsverfahren – und jährlich über geplante, begonnene und abgeschlossene Maßnahmen;
- Kontrollen der Mittelverwendung erfolgen stichprobenartig (mindestens 5 % der abgeschlossenen Maßnahmen);

- Die zuständigen Stellen in den Ländern sind ermächtigt, die Auszahlung der Bundesmittel an die Länderhaushalte oder Sondervermögen anzuordnen, wenn die Mittel zur Begleichung fälliger Rechnungen innerhalb von drei Monaten benötigt werden.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt: Wir hätten uns gewünscht, dass wir den Ländern eine verbindliche Quote auferlegen, in welcher Höhe die Kommunen mindestens an den 100 Milliarden Euro beteiligt werden müssen. Erste Rückmeldungen aus den Ländern lassen die Erwartung zu, dass eine hohe Kommunalbeteiligung auch ohne Bundesvorgabe umgesetzt werden kann.

Dabei haben wir auch die Erwartung, dass die Bundesmittel nicht Landesmittel ersetzen, sondern zusätzlich zu bereits bestehenden investitionsfördernden Mitteln der Länder bei den Kommunen ankommen. Wir haben das feste Vertrauen, dass sich die Länder ihrer Verantwortung bewusst sind und die Mittel im Sinne der Menschen vor Ort einsetzen werden.

Die Verteilung der Mittel an die Länder nach Königsteiner Schlüsseln ist zielführend. Finanzschwäche ist nicht der alleinige Grund für Investitionsdefizite – weitere Ursachen liegen in strukturellen Aspekten wie die Personalausstattung von Kommunen (kleine Kommunen haben es schwerer, Investitionen zu planen und umzusetzen – und dafür Fördermittel zu nutzen) oder auch eine ungünstige Einwohner-Flächen-Relation, die zu steigenden Investitionskosten führt (eine Kommune mit einer Fläche von rund 200 Quadratkilometern und 8.500 Einwohnern hat höhere Pro-Kopf-Investitionskosten als eine Kommune mit der gleichen Fläche aber mehr als 500.000 Einwohnern). Insofern ist es nachvollziehbar, wenn bei Anwendung der Königsteiner Schlüssel Flächenländer mit geringerer Bevölkerungsdichte pro Kopf einen leicht höheren Pro-Kopf-Betrag erhalten.

Diese Entscheidungen sind ein Meilenstein: Sie schaffen Arbeitsplätze, fördern das Wachstum und machen unser Land fit für die kommenden Jahrzehnte. Gemeinsam bauen wir an einer starken, nachhaltigen und lebenswerten Zukunft – für alle Menschen in Deutschland.

Bund erleichtert kommunale Investitionsmöglichkeiten – Ergänzung des LuKIFG ermöglicht Eigenmittelerersatz aus Sondervermögen

Mit der Verabschiedung des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes hat der Bund auch die Förderbedingungen der Kommunen geändert: Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität können nunmehr auch dazu genutzt werden, in anderen Förderprogrammen des Bundes erforderliche Eigenanteile der Kommunen zu ersetzen.

Das vereinfacht die kommunalen Investitionsmaßnahmen und stärkt insbesondere struktur- und finanzschwache Kommunen. Bislang stehen struktur- und finanzschwache Kommunen immer wieder vor dem Problem, dass sie Fördermittel nicht abrufen können, weil sie den erforderlichen Eigenanteil nicht aufbringen können. Das erschwert die Zielerreichung von Förderprogrammen, die insbesondere Infrastruktur in struktur- und finanzschwachen Kommunen verbessern sollen. Die nunmehr erfolgte Änderung setzt Kofinanzierungserfordernisse in Förderprogrammen des Bundes außer Kraft, wenn für den dort vorgesehenen Eigenanteil Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität eingesetzt werden.

Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau:

Am 26. Juni 2025 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau beschlossen. Mit dem Gesetz wird der Förder- und Abrechnungszeitraum um zwei Jahre im Ganztagsfinanzhilfegesetz (GaFinHG) verlängert. Darauf aufbauende Fristenregelungen, insbesondere zur Umverteilung, werden entsprechend angepasst. Entsprechend der Verlängerung der Finanzhilfen wird die Auflösung des Sondervermögens zum „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ im GaFG vom 31. Dezember 2028 auf den 31. Dezember 2030 verschoben.

Von Ende 2020 bis Ende 2021 standen den Ländern zunächst Investitionsmittel in Höhe von bis zu 750 Millionen Euro im Rahmen des „Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter“ (sogenanntes Beschleunigungsprogramm) zur Verfügung. Die Laufzeit des Beschleunigungsprogramms wurde durch eine entsprechende Änderungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Dennoch konnten einige Kommunen die Fristen aufgrund Bauverzögerungen nicht einhalten. Einige Kommunen sind mit Rückforderungsansprüchen des Bundes (teilweise im Millionenbereich) zuzüglich Zinsen belastet.

Für das nachfolgende Investitionsprogramm Ganztagsausbau sind knapp drei Milliarden Euro für Investitionen in den Ganztagsausbau zur Verfügung gestellt. Die Einzelheiten des Verfahrens zur Durchführung der hierzu im GaFinHG erfolgten Bestimmungen regelt eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 17. Mai 2023. Förderfähig sind grundsätzlich nur Maßnahmen, die ab dem Inkrafttreten des GaFinHG am 12. Oktober 2021 begonnen und bis zum 31. Dezember 2027 abgeschlossen werden.

Die Mittelabrufe beim Investitionsprogramm Ganztagsausbau erfolgten bislang zögerlich. Als Investitionshemmnisse sind insbesondere bei größeren Bauvorhaben (Planungs-)Unsicherheiten für Länder und deren Kommunen festzustellen. Aufgrund des zögerlichen Handels der Ampel-Regierung mit Blick auf die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern in der letzten Legislaturperiode sind viele Landesprogramme, die die jeweilige landesrechtliche Ausgestaltung der Förderanträge regeln, erst im Jahr 2024 in Kraft getreten. Insofern bestehen Unsicherheiten, ob entsprechende Baumaßnahmen bis Ende 2027 aufgrund umfangreicher Planungsprozesse, aktueller und erwarteter Fachkräfteengpässe in Bau(planungs-)berufen sowie Lieferengpässen abgeschlossen werden können. Damit ist zu erwarten, dass die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des GaFinHG nicht in dem Umfang erfolgen wird, wie mit dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau intendiert.

Durch die Laufzeitverlängerung kann das Programm seine Wirkung weiterhin entfalten. Wir geben den Ländern und Kommunen durch die Fristverlängerung mehr Zeit und geben ihnen die dringend benötigte Planungssicherheit, um Fördermittel abzurufen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 schrittweise umzusetzen. Gleichzeitig ist die Verlängerung des Investitionsprogramms für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen um zwei Jahre ein klares Bekenntnis zur Stärkung von Familien und Bildung in Deutschland.

Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien erleichtert die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung

Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stellt die Betreuung in den Ferienzeiten die kommunalen Träger vor große Herausforderungen. Ziel der

Regelung ist es, während der Schulferien neben Angeboten von Tageseinrichtungen, Schulen und deren Kooperationspartnern auch Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII eines öffentlichen Trägers oder eines anerkannten freien Trägers der Jugendhilfe als unmittelbar rechtsanspruchserfüllend anzuerkennen.

Damit soll Ländern und Kommunen bei der Bereitstellung und Sicherstellung ausreichender rechtsanspruchserfüllender Angebote ein größerer Gestaltungsspielraum ermöglicht und gleichzeitig das Potenzial der Jugendarbeit in den Ferienzeiten ausgeschöpft werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter in den Schulferien wird damit flexibilisiert und vereinfacht.

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG) – Krankenhaustransformation

Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (im Bundeshaushalt Einzelplan 60 / 6093) stellt auch Mittel zu den Sofort-Transformationskosten Krankenhäuser zur Verfügung. Mit Zahlungen von insgesamt 4 Milliarden Euro an die Krankenhäuser leistet der Bund einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der stationären Versorgung in Stadt und Land – hiervon profitieren auch kommunal getragene Krankenhäuser. Hintergrund ist die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zahlung von Sofort-Transformationskosten mit dem Ziel, unsere Krankenhausstruktur zukunftsfest und bedarfsgerecht aufzustellen.

Die Regelung sieht ergänzende Bundeszuschüsse an den Gesundheitsfonds vor, die in zwei Tranchen (1,5 Mrd. Euro bis 31. Oktober 2025, 2,5 Mrd. Euro bis 31. Januar 2026) ausgezahlt werden. Die Mittel werden über einen unbürokratischen Rechnungszuschlag an die Krankenhäuser weitergeleitet. Nicht ausgeschöpfte Mittel fließen in den Krankenhaus-Transformationsfonds und stehen so langfristig für die weiterführende Modernisierung und Strukturveränderung der Krankenhauslandschaft bereit. Die Kliniken vor Ort erhalten kurzfristig dringend benötigte Liquidität, um ihren Betrieb zu stabilisieren, Personal zu sichern und die Versorgung zukunftsgerichtet aufzustellen. Zugleich wird mit der Einbettung in den Transformationsfonds der Übergang zu den strukturellen Reformen vorbereitet. Die Hilfen sollen zügig, unbürokratisch und in voller Höhe bei den Häusern ankommen. Ein Unterschied zwischen wirtschaftlich erfolgreichen und weniger erfolgreichen Häusern wird dabei nicht gemacht, entscheidend ist die Unterstützung des gesamten stationären Sektors, denn dieser befindet sich insgesamt in einem Wandel.

Mit dieser Investition in die Zukunft der deutschen Krankenhauslandschaft geben wir den Krankenhäusern vor Ort eine feste Brücke in schwierigen Zeiten und zeigen zugleich, dass wir Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Versorgung übernehmen.

Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform sichert den Erhalt auch kommunal getragener Häuser

Weiterhin befinden sich zahlreiche Krankenhäuser in Deutschland in einer angespannten wirtschaftlichen Lage – ohne Gelingen der weitreichenden Reform würde sich die Situation dieser Häuser voraussichtlich weiter verschärfen. Durch das Krankenhausreformenpassungsgesetz wird die praktische Umsetzung der Regelungen aus dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) erleichtert und im Sinne einer qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten und praxistauglichen Krankenhauslandschaft fortentwickelt. Unter anderem sollen die Länder

mehr Freiheiten bei der Berücksichtigung der individuellen Versorgungsbedarfe vor Ort erhalten.

Durch bundeseinheitliche Vorgaben im Rahmen der Krankenhausreform wird das Leistungsspektrum der stationären Versorgung in sogenannten Leistungsgruppen abgebildet. Die Vergütung wird in Zukunft nicht mehr nur die Leistungserbringung im einzelnen Fall berücksichtigen, sondern zur Planungssicherheit der Krankenhäuser individuell berechnete Vorhaltebudgets vorsehen. Für den Transformationsprozess der Krankenhauslandschaft stehen Fördermittel in Gesamthöhe von 50 Mrd. Euro für die kommenden zehn Jahre zur Verfügung, mit denen die strukturellen Veränderungen finanziert werden.

Insgesamt schafft die Reform verlässliche Rahmenbedingungen für Kliniken. Die Länder erhalten die benötigte Zeit zur Umsetzung, um die hohe Versorgung weiterhin zu sichern. Damit legen die Koalition und die Bundesregierung die Grundlage für eine bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft. Die Reform macht die Krankenhauslandschaft zukunftsfest, begrenzt Ausgaben im stationären Bereich und sichert eine hochwertige Versorgung in Stadt und Land. Im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds wird eine zukunfts-fähige Krankenhausstruktur ermöglicht, die auch kommunal getragene Einrichtungen stärkt und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung gewährleistet.

Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung – Unterstützung auch kommunal getragener Krankenhäuser

Mit dem Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung wird eine bundesweit einheitliche generalistische Ausbildung zur Pflegefachassistenz geschaffen. Das neue Berufsprofil der Pflegefachassistenz übernimmt künftig mehr Aufgaben im Bereich der medizinischen Behandlungspflege, um Pflegefachpersonen zu entlasten. Der Beruf der Pflegefachassistenz wird durch die Möglichkeit bundesweiter Mobilität, klarer Entwicklungspfade z.B. für eine aufbauende Qualifizierung zur Pflegefachperson und den Zugang zu allen Versorgungsbereichen, deutlich attraktiver.

Der Einstieg in die Pflegeberufe wird insgesamt erleichtert. Auch kommunal getragene Krankenhäuser erhalten damit künftig erleichterte Möglichkeiten bei der Personalgewinnung im Pflegebereich.

Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes entlastet kommunale Abfallsammelstellen

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), das der Deutsche Bundestag am 6. November 2025 verabschiedet hat, verfolgt das Ziel, die Sammelquote von Elektroaltgeräten zu erhöhen und Brandrisiken durch unsachgemäß entsorgte Lithium-Ionen-Akkus zu minimieren. An kommunalen Sammelstellen sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Entnahme von Lithium-Batterien aus Altgeräten zu erleichtern. Eingeführt werden soll das sog. „Thekenmodell“, nachdem bei bestimmten Elektroaltgeräten nur noch geschultes Fachpersonal an den Wertstoffhöfen die Abfälle in die entsprechenden Behälter einsortieren dürfen bzw. Gerätebatterien entfernt werden. Dies soll helfen, Brandrisiken zu reduzieren, die durch beschädigte oder falsch entsorgte Batterien entstehen können.

Durch verbesserte und einheitliche Informationskampagnen sollen Verbraucher besser über die ordnungsgemäße Entsorgung von Elektroaltgeräten informiert werden, z.B. durch

Kennzeichnung der getrennten Entsorgungspflicht von Elektroaltgeräten am Verkaufsregal. Einweg-E-Zigaretten, die als Elektro- und Elektronikgeräte gelten, sollen künftig verbrauchernah – und zwar an allen Verkaufsstellen – zurückgenommen werden. Dies soll sicherstellen, dass diese Produkte ordnungsgemäß entsorgt und recycelt werden. Der Handel soll stärker in die Pflicht genommen werden, Elektroaltgeräte zurückzunehmen. Dafür sollen Sammelstellen für Elektroaltgeräte einheitlich gekennzeichnet werden.

Finanzierung Deutschlandticket – Änderung des Regionalisierungsgesetzes reduziert Finanzierungslücke im ÖPNV

Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes, das der Deutsche Bundestag am 7. November 2025 beschlossen hat, wird die Finanzierung des Deutschlandtickets längerfristig abgesichert. Bund und Länder werden bis 2030 jährlich das Ticket mit jeweils 1,5 Milliarden Euro bezuschussen. Ab 2027 wird der Ticketpreis über einen Kostenindex, der insbesondere Personal- und Energiekosten abbildet, angepasst.

Die Träger des ÖPNV erhalten mit der längerfristigen Regelung Planungssicherheit. In Kombination mit dem ab 2026 steigenden Ticketpreis reduziert sich der Einnahmeausfall für die kommunalen Träger des ÖPNV.

Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes stärkt kommunale Unternehmen

CDU, CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag vereinbart, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass kommunale Unternehmen ebenfalls unter den KMU-Begriff fallen. Mit der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, die der Deutsche Bundestag am 12. November 2025 beschlossen hat, wird festgelegt, dass Artikel 3 Absatz 4 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG nicht anzuwenden ist. Was zunächst sehr technisch klingt, führt dazu, dass in diesem Zusammenhang kommunale Unternehmen unter den KMU-Begriff fallen, wenn sie die wirtschaftlichen Kriterien erfüllen. Die in Artikel 3 Absatz 4 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG enthaltene Beschränkung hinsichtlich der Eigentümerstruktur greift nicht. Das stärkt die Position kommunaler Unternehmen, indem damit begonnen wird, einen gravierenden Wettbewerbsnachteil gegenüber KMU vergleichbarer Größe zu beheben.

Änderung des Wärmeplanungsgesetzes hilft Kommunen unter 100.000 Einwohnern

Mit der am 12. November 2025 verabschiedeten Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes ist auch die Änderung des Wärmeplanungsgesetzes verbunden. Für Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern wird die Frist zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung um sechs Monate verlängert, wenn die Erstellung des Wärmeplans mit Bundesmitteln gefördert wird. Hintergrund der Fristverlängerung war die Befürchtung von Kommunen, die durch Verzögerungen in der Fördermittelbereitstellung unter Zeitdruck geraten sind und befürchteten, bei nicht fristgerechter Vorlage der Wärmeplanung die gesamten Fördermittel zu verlieren. Die moderate Verlängerung der Frist hilft diesen Kommunen aus einer nicht selbst verursachten schwierigen Lage und trägt damit dazu bei, dass die Erstellung der Wärmeplanung nicht zu einem finanziellen Risiko der betroffenen Kommune wird.

Vereinfachungen bei Geothermie – Unterstützung für kommunale Stadtwerke bei der Wärmeversorgung

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung durch den Deutschen Bundestag werden auch kommunale Unternehmen bei der Versorgung von Kundinnen und Kunden insbesondere in ländlichen Regionen unterstützt.

Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Die Errichtung und der Betrieb entsprechender Anlagen kann zur Versorgung ländlicher Regionen unabhängig von Öl und Gas beitragen.

Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen stützt auch kommunale Infrastruktur

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen schafft mit Blick auf kritische Infrastruktur mehr Schutz, klarere Strukturen und bessere Krisenvorsorge - viele kritische Dienste liegen in kommunaler Verantwortung (z. B. Wasser, Abwasser, Müllentsorgung, ÖPNV). Das Gesetz führt erstmals bundeseinheitliche Mindeststandards für deren Schutz ein, um die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen zu erhöhen. Für Kommunen bedeutet die Zielstellung des Gesetzes eine bessere Vorbereitung auf Krisen, schnellere Wiederherstellung von Dienstleistungen und geringere Kosten bei Ausfällen. Erstmals gibt es ein sektorenübergreifendes, bundesweites Regelwerk für kritische Infrastrukturen und der Staat erstellt nationale Risikoanalysen, die Betreibern (auch kommunalen) zur Verfügung gestellt werden.

Viele kommunale Einrichtungen fallen wegen hoher Schwellenwerte zunächst nicht direkt unter das Gesetz und zudem entstehen neue Pflichten bei Risikoanalysen, Meldepflichten, Sicherheitskonzepten. Das KRITIS-Dachgesetz stärkt aber kommunale Infrastrukturen.

Anhang:

Kommunale Be- und Entlastungen aus Bundesgesetzgebung der 21. Wahlperiode¹

Vorhaben		Belastung (in Mio. €)								Entlastung (in Mio. €)							
		2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	Jährlich	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	Jährlich
1	Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland	1.011	3.089	4.555	2.552	336	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---
2	Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten	---	---	---	---	---	---	---	---	0,4	3,0	5,1	4,7	4,1	---	---	---
3	Gesetz zur Beschleunigung des	---	---	---	---	---	---	---	---	---	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	---	---

¹ Soweit die finanziellen Folgen (Jahreswirkung) aus dem jeweiligen GE zu entnehmen sind.

Vorhaben		Belastung (in Mio. €)								Entlastung (in Mio. €)							
		2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich
	Wohnungsbaus und der Wohnraumsicherung																
4	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2025 (FAG-Änderungsgesetz 2025)	---	---	---	---	---	---	---	---	248	1.616	3.804	4.921	2.950	---	---	---
5	Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes	9,979	2,523	2,523	2,523	2,523	2,523	2,523	2,523								
6	Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der	---	---	---	---	---	---	---	---	---	4	6	44,535	47,955			

Vorhaben		Belastung (in Mio. €)								Entlastung (in Mio. €)							
		2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich
	Schwarzarbeitsbekämpfung ²																
7	Gesetz zur Anpassung des Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen ³	28	15	15	11	11											
8	Steueränderungsgesetz 2025	---	246	363	368	373	379										
9	Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermianlagen,	---	---	---	---	---	---	---	---	---	3,345	3,345	3,345	3,345	3,345	3,345	3,345

² Kommunale Entlastung errechnet auf Basis von 15 % Kommunalanteil (entspricht Anteil am Aufkommen aus der Einkommensteuer) an den im GE angegebenen Einnahmen von Bund und Ländern/Kommunen

³ Zusätzlich zu den angegebenen Belastungen dürften sich durch neue Gestaltungsspielräume indirekte, nicht konkret bezifferbare Steuermindereinnahmen bei Gewerbesteuer (GewSt), Körperschaftsteuer (KSt), Einkommensteuer (ESt) und Solidaritätszuschlag (SolZ) aus Verlagerung von Steuersubstrat ins Ausland ergeben.

[illegible]

Vorhaben		Belastung (in Mio. €)								Entlastung (in Mio. €)							
		2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich
11	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Grundsicherung)	---	5	---	---	---	---	---	---	---	15	25	19	19	19	19	19
12	Fünftes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	---	---	---	---	---	---	---	---	---	8	8	8	8	8	8	8
13	Neuntes Gesetz zur Änderung von Vorschriften im	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	153	153	153	153	153	153

Vorhaben		Belastung (in Mio. €)								Entlastung (in Mio. €)							
		2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	jährlich
	Steuerbera- tungsrecht sowie im Steuerrecht																
Gesamt		21. Wahlperiode (2025 – 2029)					2030	2031	jährlich	21. Wahlperiode (2025 – 2029)					2030	2031	jährlich
		13.527,991					3.036	2.523	2.523	22.922,170					1.883,345	183,345	183,345